Jürgen Trittin

Europa - Zukunft und Herausforderung

Für eine europäische Klima- und Asylpolitik

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Abgeordneten – liebe Kolleginnen und Kollegen,

1 Begrüßung

ich freue mich, dass ich hierher eingeladen wurde. Und auch wenn das hier eine Simulation eines Parlaments ist, weiß ich aus eigener Erfahrung, dass hier heute wahrscheinlich mehr Ernsthaftigkeit, mehr Engagement und mehr Idealismus im Raum versammelt ist, als an man-

chen Tage in manchem europäischen oder nationalen Parlament.

Das, finde ich, ist eine gute Nachricht.

Ich wurde denn eingeladen um zu solchen wichtigen, aber trockenen Themen wie Ökoverordnung und Asyl&Migrationsfond etwas zu sagen.

Das mache ich gerne.

Aber zuerst möchte ich über etwas Wichtigeres reden.

Über Europa.

2 Krise und Hoffnung Europa

Wenn wir über Europa sprechen, dann sprechen wir häufig zuerst über ein Europa, welches in der „Krise“ steckt. Wir sprechen über die verschuldeten „Krisenländer“, über die „Eurokrise“, über

die „Flüchtlingskrise“. Und uns beschäftigt seit Monaten eine außenpolitische Krise, nämlich in der Ukraine.

Ich finde, deshalb sollten wir Europäer dieses Europa aufhören schlecht zu reden.

Die Rede von „den Bürokraten da in Brüssel“ muss aus den Textbausteinen aller Redenschreiber demokratischer Parteien verschwinden – aus denen der CSU eben wie aus denen der TTIP-Gegner zur LINKEN.

Zuviel Klimaschutz, zuviel Bürokratie, zuviel Beteiligung von Bürgern, zuviel Zuwanderung... das ist das Lied, das immer lauter in Europa gesungen wird.

Das ist **üble Nachrede!** Das hat unser Europa nicht verdient!

Die Europäische Union ist **das größte und erfolgreichste Friedens- und Demokratieprojekt** auf diesem Kontinent. Wir haben in Europa seit fast 70 Jahren Frieden. Es gibt keine längere Periode von Frieden in den letzten Jahrhunderten!

2.1 Bedrohung von innen

Aber dieser Frieden und unsere Demokratie muss verteidigt werden. Aber die Gefahr droht uns trotz Ukraine Krise und ISIS nicht in erster Linie von außen. Die Gefahr für ein geeintes Europa droht von innen!

Neue Gefahr der Renationalisierung

In Frankreich war der FN bei der Europawahl die stärkste Kraft. Gemeinsam mit den Rechtspopulisten *Geert Wilders* und seiner Partei für die

Freiheit (PVV) aus den Niederlanden, *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), der belgische *Vlaams Belang*, die *Schwedendemokraten* sowie *der Lega Nord* sind sie zwar mit dem Versuch einer Fraktionsbildung im Europäischen Parlament gescheitert. Aber nur, weil sich Parteien wie die *Wahren Finnen*, die *Unabhängigen Griechen* und die *AfD* sich den Europäischen Konservativen angeschlossen haben.

Deutschland ist bisher von einer rechtspopulistischen Partei im Bundestag **gerade noch mal verschont worden**. Dennoch, die *Alternative für Deutschland* sitzt im Europaparlament, in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Landtag.

Die AfD pflegt einen **militanten Neoliberalismus**, repräsentiert durch den ehemaligen BDI-Präsidenten *Hans-Olaf Henkel*.

Für das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen ist bei der AfD ihre Kandidatin *Beatrix von Storch*, geborene Herzogin von Oldenburg, verantwortlich. Die äußert sich dazu **nicht anders als die NPD**. „*Wir sind nicht das Welt-Sozialamt*“

Das ist offen rechtspopulistisch. Das ist antieuropäisch. Das ist die Gefahr für Europa!

In Europa findet die klammheimliche Renaissance des Nationalen statt. Das beschränkt sich nicht auf Rechtspopulisten und Rechtsradikale. Es sind CSU und die BILD-Zeitung, die Furcht von Menschen aus Rumänien und Bulgarien gezielt schüren. Das Unwort des Jahres 2013 lautet seitdem „Sozialtourismus“.

Wer so eine Kampagne gegen Zuwanderung und Freizügigkeit in Europa startet, macht sich ge-

mein mit den LePens, den Wilders und den Pas-törs.

So werden die Rechtspopulisten in Europa nicht bekämpft sondern bestätigt. Sie werden hoffähig.

3 Flucht und Migration

Wer die Idee Europas als Friedensmacht verteidigen will, muss sich aber auch der Verantwortung Europas stellen. Europas Anziehungskraft, Europa als Hoffnung für hunderttausende Menschen auf Frieden und Freiheit endet heute viel zu oft in schrecklichen Tragödien.

Zehntausende Menschen sterben an den Außengrenzen der Europäischen Union, ertrinken im Mittelmeer oder ersticken in Containern, in

denen sie ihre letzte Hoffnung auf einen sicheren Weg nach Europa sahen.

Diese Katastrophen haben ihren Ursprung natürlich zuerst in den Herkunftsländern der Flüchtlinge.

Aber wenn Krieg, Hunger, wenn Völkermord und Unterdrückung die Menschen aus ihrer Heimat treiben, sind wir dann nicht in Pflicht, zu helfen? Wenn weltweit 45 Millionen Menschen auf der Flucht sind, muss das reiche Europa da nicht seine helfende Hand reichen?

Ich finde ja! Menschliches Leid kann Europa nicht kalt lassen. Dafür gibt es historische Gründe. Aber es ist schlicht auch eine moralische Frage, ein Frage von Menschlichkeit!

Die Toten des Mittelmeers sind Opfer europäischer Abschottungspolitik.

Statt legale Möglichkeiten für die sichere Einreise von Flüchtlingen zu schaffen, übertreffen sich europäische Regierungen darin, immer neue und höhere Hürden zu errichten. Statt der Rettung durch *Mare Nostrum* soll nun wieder die Blockade durch *Frontex* und die Operation *Triton* kommen.

Das ist nicht der „Raum des Rechts“, der Europa sein sollte. Das ist die „Festung Europa“, zu der es mutiert ist.

Das größte Problem stellt dabei die Logik des Dublin II bzw. Dublin III Verordnung dar. Danach dürfen bekanntlich Flüchtlinge nur in denjenigen

EU-Staaten aufgenommen werden, in denen sie als erstes angekommen sind.

Wozu das führt, habe ich gerade beschrieben. Die Länder an den Grenzen Europas wie Italien sind natürlich mit sehr, sehr vielen Flüchtlingen konfrontiert. Und andere, reichere Staaten machen sich oft genug einen schlanken Fuß.

Und ja, wir brauchen den Asyl- und Migrationsfond, weil er den Konstruktionsfehler von Dublin II mildern kann und die Länder und Nicht-Regierungs-Organisation unterstützen kann, die am meisten mit Flüchtlingen zu tun haben. Aber es kann nicht sein, dass mit den Mitteln vor allem mehr in Abschottung und Abschiebung investiert wird. Das wäre der falsche Weg!

Und in Deutschland müssen wir mehr für Flüchtlinge tun. Das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft. Es darf in diesem Land keine Menschen erster und zweiter Klasse geben.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

So steht es im ersten Artikel unseres Grundgesetzes. Und dieser Artikel gilt für alle Menschen – auch für Flüchtlinge.

4 Klimawandel als Bedrohung

Ich möchte über ein zweites Thema sprechen, das nur auf den ersten Blick nichts mit dem Thema Flüchtlinge zu tun hat. Auf den zweiten

Blick aber ist es eines, das sehr sehr eng damit verbunden ist.

Ja in den nächsten Jahren immer stärker zu einem Fluchtgrund werden wird: der Klimawandel.

Verlust an Lebensraum durch steigende Meeresspiegel und Dürre, Zerstörungen durch Wetterextreme, Wanderungs- bzw.

Flüchtlingsbewegungen von Millionen Menschen, Verlust an biologischer Vielfalt – das ist kein Nischen-Thema von Umweltschützern und Naturfreunden. Es ist ein knallhartes Wirtschaftsthema, es stellt die Grundlagen unseres bisherigen Wachstums in Frage, es betrifft Investitionen, Fragen des Imports, der internationalen Handelspolitik, des Verkehrs, der Landwirtschaft.

Und es ist ein Thema für die Frage, ob wir weiter in einer, global gesehen, weitgehend friedlichen Welt leben können. Der Klimawandel ist auch ein Sicherheitsthema. Der Kampf um Ressourcen und der Zugang zu Energie wird immer öfter Grund für fundamentale Auseinandersetzungen in der Welt.

4.1 Fossiles Wirtschaften

Unsere Lebensweise und unsere Art zu wirtschaften verbrauchen sehr viele natürliche Ressourcen, allen voran die sogenannten »fossilen« Ressourcen, also Kohle, Öl und Gas.

Wir haben früher gedacht, diese Frage erledigt sich über die „Endlichkeit“ – irgendwann ist der Peak der Verfügbarkeit erreicht, dann geht es abwärts.

So einfach ist es dann doch nicht, wie auch wir lernen mussten.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die Vorräte an den meisten Rohstoffen sind zwar endlich, aber doch recht groß. Und sie sind teilweise gar nicht wirklich bekannt.

Nur als Beispiele: Eisenerz reicht Stand heute noch 75 Jahre, Kupfererz noch 39 Jahre, Bauxit noch 133 Jahre.

Das gilt übrigens auch für die sogenannten »Seltenen Erden«, die in den letzten Jahren Furore machten. Scandium, Promethium, Neodym oder Praseodym, die bei der Produktion von Unterhaltungselektronik, Bildschirmen, LEDs, Elektromotoren oder Kernspintomografen und vielen anderen Produkten benötigt werden.

Bei den energetischen Rohstoffen sieht es ähnlich aus, das Problem ist nicht die Verfügbarkeit. Bei der Kohle streiten sich die Experten. Die statische Reichweite wird global zwischen 112 Jahren und 136 Jahren angegeben. Konventionell geförderttes Erdgas reicht im Moment für weitere 59 Jahre. Und mit Fracking reicht das Gas noch viel länger. Nicht mal das Öl geht uns so bald aus. Die statische Reichweite liegt derzeit bei 42 Jahren, rechnen wir die unkonventionelle Förderung mit ein (Ölsande z.B.), reicht das Öl noch 55 Jahre.

Aber entscheidend ist ein ganz anderer Punkt.

Mich als GRÜNEN freut mich natürlich nicht, dass wir weiter viel Kohle, Gas und Öl verbrennen können. Denn es beschleunigt den Klimawandel. Wichtig ist angesichts dieser Lage etwas

anderes: Ein Ende der fossilen Ökonomie wird nicht automatisch über die Knappheit und den Preis herbeigeführt. Wir brauchen dafür andere politische Rahmenbedingungen.

Wir können nicht darauf warten, dass fossile Brennstoffe zu teuer werden und der Markt von sich aus die Energiewende erzwingt. Wenn wir so lange Kohle, Öl und Gas weiterverfeuern, wie es bezahlbar bleibt, dann sagt uns das Klima gute Nacht.

Die wahre Grenze bei der Nutzung der Rohstoffe liegt also nicht in ihrer begrenzten Verfügbarkeit. Sie liegt darin, dass ihr Abbau, ihre Nutzung und ihre Verbrennung weltweit katastrophale ökologische Schäden verursachen. Rechnet man das Zwei-Grad-Ziel des Klimaschutzes in die Menge an CO₂ um, die wir global überhaupt

noch ausstoßen können, dann kommt man auf ein »Budget« von rund 800 Gigatonnen. Und das wiederum bedeutet, dass nicht mal mehr die Hälfte der heute förderbaren Reserven an Öl, Gas und Kohle überhaupt verfeuert werden dürfen.

Darum muss man dem Schlachtruf »Drill, Baby, drill« - so hört man es ja zum Beispiel von der amerikanischen Teaparty-Bewegung, also bohren, was das Zeug hält, etwas klar entgegenhalten: »Chill, Baby, chill«, erst mal abkühlen, entspannt euch!

Sie sehen, es gibt mehrere Gründe, warum sich Investitionen in fossile Energien nicht lohnen bzw. auch nicht lohnen dürfen.

Im Gegenteil: Investitionen in Klimaschutz sollten sich lohnen – weil sie notwendig sind.

4.2 Emissionshandel – Preiswahrheit

Ein richtiges Instrument dafür ist der Emissionshandel – also der Handel mit Verschmutzungsrechten. Die Idee ist einfach und klar:

Verschmutzung produziert Kosten. Also muss Verschmutzung etwas kosten. Also werden Zertifikate für die erlaubte Menge Treibhausgas – Emission ausgereicht. Und diese werden sukzessive reduziert. Und wenn jemand mehr Treibhausgase emittieren will, muss er sich Verschmutzungsrechte hinzukaufen. Und zwar auf dem Markt. Streng marktwirtschaftlich.

Dieses Instrument funktioniert. Bzw. richtigerweise: es HAT funktioniert.

Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat nachgewiesen, dass in der Zeit der Phase 2, also 2007-2010 die Teilnahme am Emissionshandel für die Unternehmen signifikante Ergebnisse brachte. Industrieunternehmen, die dem System unterlagen, reduzierten ihre CO₂-Emissionen in dieser Zeit um durchschnittlich 25 Prozentpunkte mehr als vergleichbare Unternehmen, die nicht teilnahmen. Und die CO₂ – Intensität reduzierte sich um 18 Prozent schneller, als bei anderen Unternehmen.

Was sich nicht reduzierte – trotz allen Wehklagens seitens der Verbände – war der Umsatz. Geringere Emissionen bei gleichem Umsatz. Das Instrument Emissionshandel ist effektiver Klimaschutz UND ein Innovations- und Modernisierungstreiber!

Was aber erleben wir heute?

Heute ist dieses System in der Krise. Es sind zu viele, zu billige Emissionszertifikate auf dem Markt. Auslöser dafür u.a. die Eurokrise und der damit verbundene Produktionseinbruch.

Kostete die Tonne CO₂ vor wenigen Jahren noch über 30 €, sind jetzt gerade mal 5 Euro fällig.

Die Folge?

- ↳ Kohlestrom ist zwar dreckig – aber billig und überschwemmt den Markt
- ↳ Überangebot drückt den Marktpreis
- ↳ Das wiederum erhöht die EEG – Umlage.

Letzteres ist besonders absurd, da die Erneuerbaren, an vorderster Front Windstrom, inzwischen den Strom billig machen.

Da aber die EEG-Umlage die Differenz zwischen Einspeisevergütung und Marktpreis darstellt, steigt sie.

Ein doppeltes Dilemma:

- ↳ Es wird mehr Treibhausgas emittiert
- ↳ Erneuerbare Energien werden für den Endverbraucher teurer, obwohl sie billiger produziert werden.

Dieses Problem ist lösbar. Wir müssen einmalig derzeit überschüssige mindestens zwei Milliarden Emissionszertifikate AUS DEM Markt nehmen („*set-aside*“). Und einen **CO₂-Mindestpreises** einführen. Damit würde die Funktionsfähigkeit des Instrumentes wieder hergestellt.

Das ist eine Frage des politischen Willens. Aber leider hat die Bundesregierung gezeigt, dass dieser Wille bei ihr nicht vorhanden ist.

In Gabriels Wirtschaftsministerium ist es ein offenes Geheimnis, dass der Minister lieber das deutsche Klimaziel aufgibt, als Kohlekraftwerke zu schließen.

Zu betrachten war das in aller Deutlichkeit erst vor knapp drei Wochen auf dem Europäischen Rat.

4.3 Europäischer Rat vs. Europaparlament

Stellen Sie sich einmal vor, was passiert, wenn im so wichtigen Kampf gegen die Erderwärmung

der Langsamste das Tempo bestimmt! Schaffen wir dann die Ziele? Halten wir das 2 Grad Ziel?

Wohl kaum. Aber genau das passiert in der Europäischen Union. Vor 3 Wochen hat sich der Europäische Rat, also das Gremium aller Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel getroffen und festgelegt: zukünftige Ziele und Maßnahmen werden im Europäischen Rat abgestimmt.

Jetzt könnte man sagen, die Staatschefs machen den Klimaschutz zur Chefsache – ist doch prima?

Das Gegenteil ist der Fall! Im ER ist nämlich Einstimmigkeit notwendig für alle Beschlüsse.

Was heißt das? Das in Zukunft **jedes einzelne Land de facto ein Vetorecht hat** bei allen Entscheidungen zum Klimaschutz. Jeder Beschluss wird nur noch Ergebnis eines schwachen Kom-

promisses zu den Bedingungen der größten Gegner werden.

Wer auf der Bremse steht, bestimmt demnächst das Tempo. Das ist fatal.

Das ist ein fataler Kniefall vor dem Kohleland Polen – in dem heute noch über die Hälfte der Energie aus Kohle produziert wird – und über 90 Prozent aus Kohle, Gas und Öl! Und es ist ein Kniefall vor den Effizienzgegnern und Europaskeptikern aus Großbritannien! Und es ist Kniefall vor RWE, E-on und Vattenfall

Schlimmer noch:

Damit werden das Europäische Parlament, aber auch die Kommission umgangen. Es bedeutet nicht mehr Europa, sondern weniger Europa.

Diese Entscheidung wirft also nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Europäische Integration um Jahre zurück!

5 Abschluß

„Das gemeinsame Haus Europa“ - so hat Michael Gorbatschow seine Vision für unseren Kontinent vor fast 30 Jahren beschrieben.

Und auch wenn es von hier und heute aus leider wieder unrealistischer geworden ist, dieses Haus auf einem festen Fundament auch wirklich zu Ende zu bauen, sollten wir nicht aufhören, die Steine dafür zusammen zu tragen.

Ein Zurück zur Kleinstaaterei und zu nationalen Egoismen darf es nicht geben!

Nur gemeinsam kann Europa die Herausforderungen des Klimawandels begegnen.

Und nur gemeinsam kann Europa die Hoffnung auf Frieden, Demokratie und Wohlstand auch erfüllen.

Ich wünsche fruchtbare Diskussionen.